

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 7-8

Artikel: Zur Dynamik der Armut
Autor: Mäder, Ueli
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Dynamik der Armut

In den städtischen Agglomerationen der Schweiz sind etwa 15 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen. Das geht aus verschiedenen Armutsstudien in den Kantonen Basel-Stadt, Bern, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Zürich hervor. Die Kriterien der Armut, die den einzelnen Untersuchungen zugrunde liegen, sind allerdings noch recht unterschiedlich. Wir haben den Basler Soziologen und Grossrat Ueli Mäder, Mitverfasser der 1991 erschienenen Studie «Armut im Kanton Basel Stadt», gebeten, die Problematik des Armutsbegriffs und damit auch der Armutsforschung zu erläutern. Wichtig für den Autor ist ein nicht nur statistischer, sondern auch qualitativer Armutsbegriff, der es erlaubt, Armut zu verstehen und zu erklären. Zu den Ursachen der Armut gehört neben der zunehmenden Arbeitslosigkeit vor allem die Veränderung der Lebensformen, mit der das herkömmliche System der sozialen Sicherung nicht Schritt hält. Nicht wegzudiskutieren sind aber auch einseitige Abhängigkeitsverhältnisse von jenen, die über Produktionsmittel und Immobilien verfügen. Der Autor zeigt kurz- und längerfristige Lösungsmöglichkeiten zur Überwindung von Armut auf. Es darf jedenfalls nicht sein, dass 2 Prozent der Steuerpflichtigen soviel Vermögen besitzen wie die restlichen 98 Prozent zusammen.

Red.

«Zu der Bettlerin, die zudringlich wurde, sagt die Besitzerin eines Restaurants, und sie zeigt dabei auf die Langusten essenden Gäste: ‹Versetzen Sie sich doch in die Lage dieser Herrschaften.›»

Albert Camus

«Jetzt ist es soweit, dass ich meine Rechnungen nicht mehr bezahlen kann und nicht mal genügend Geld zum Essen habe», schreibt mir eine fünfzigjährige Frau. Sie arbeitet halbtags als Hilfskraft im Verkauf und verdient netto rund tausend Franken im Monat. Hinzu kommen fünfhundert Franken von der Invalidenversicherung. Um die Mieten bezahlen zu können, verschuldete sich die Frau 1991 mit fünftausend Franken. Sie müsse halt besser sparen, habe ihr der Chef gesagt, als sie ihn um Rat fragte. Für Gutsituierte ist es schwierig, notleidende Menschen zu verstehen. Das zeigt sich auch in der Armutsforschung. Wer Armut ergründen will, muss mit dem Milieu vertraut sein. Vom Schreibtisch aus ist das nicht möglich.

Wer ist arm?

«Dynamik der Armut in der Schweiz», so heisst eine Studie der Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik (FAI). Von der Ausgleichskasse des Basler Volkswirtschaftsbundes finanziert, wurde sie Ende 1991 im European World Center der Mustermesse präsentiert. Wer zuhören wollte, musste 95 Franken bezahlen. Die wichtigsten Ergebnisse: Zwischen 1981 und 1988 war jeder sechste Erwerbstätige einmal arm. Sein Einkommen lag im untersten Zehntel der Verteilung. Das geht aus der Stichprobe der AHV-Daten von 50 000 Männern hervor. Sie legte die obere Grenze bei 13 000 Franken (1981) bzw. 19 000 Franken (1988) fest. Die mittlere Dauer der «Armutsfälle» betrug 3,7 Jahre. 10 Prozent währten länger als sechs Jahre, 50 Prozent kürzer als ein Jahr. Die *quasi buchhalterische Betrachtung* zeigt die Entwicklung der Erwerbseinkommen der Männer, nicht aber jene der Armut. Ein Einbezug der Frauen hätte die Quote erhöht. Bei den

Ausländerinnen und Ausländern hängt die vermeintlich geringere (und den Durchschnitt senkende) Betroffenheit mit der vorzeitigen Ausreise zusammen.

«Als arm gilt in meiner Untersuchung, wer einen bestimmten Einkommensrückgang zu verzeichnen hat. Zusätzliche Merkmale standen mir nicht zur Verfügung», sagt George Sheldon, der Autor der FAI-Studie. Armut ist aber kein Thema, das sich vom Elfenbeinturm aus erforschen lässt. Wer etwas über die Dynamik der Armut erfahren will, muss sich *auf die Menschen einlassen*. Dann zeigt sich, wie die «nur einjährige Arbeitslosigkeit» eines Familienvaters das Selbstvertrauen seiner Kinder auf Jahre hinaus beeinträchtigen kann. Gewiss wäre es zu billig, die erwähnte Studie bloss an dem zu messen, was sie nicht leistet. Nachdem sich die Armut nicht länger tabuisieren lässt, wächst allerdings der Bedarf nach einer Forschung, welche die Probleme verharmlost.

«Man kann eine Armut in der reichen Schweiz auch herbeistudieren», kommentierte die Arbeitgeberzeitung, schon bevor wir mit der Untersuchung «*Armut im Kanton Basel-Stadt*» begonnen hatten. Wieviele Arme es gibt, scheint eine Frage der Definition zu sein. Wenn als arm gilt, wer sich keinen Mercedes erlauben kann, gibt es viele Arme; wenn nur gemeint ist, wer monatlich keine tausend Franken hat, gibt es vermeintlich wenige. Arme, die offiziell nicht so definiert werden, sind trotzdem arm, erhalten aber weniger Unterstützung. Und Fremdhilfe ist wichtig, auch wenn sie einseitige Abhängigkeit bedeutet und Armut bloss eindämmt.

Was Zahlen verbergen

Wer über wenig Einkommen verfügt, hat eher Über- oder Untergewicht, Zahnschäden oder verdeckte Depressionen. Je geringer das Einkommen, desto grösser ist meistens auch der Anteil der Mietausgaben. Armut lässt sich aber nicht einfach in Zahlen ausdrücken. Es gibt Jugendliche, die haben mehr Sackgeld als andere und

sind doch ärmer dran. Und es gibt Experten und Expertinnen, die haben einen scharfen Armutsbegriff, aber keinen Begriff von Armut. Für ein umfassendes Armutsverständnis sind *subjektive Wahrnehmungen von Betroffenen* ebenso wichtig wie ausgeklügelte Berechnungen.

«Ich kann sparen und will nicht klagen», berichtet eine *Verkäuferin*, die vollzeit erwerbstätig ist und monatlich 2500 Franken verdient. «Im Winter drehe ich die Heizung nur auf, wenn's unbedingt nötig ist. Meistens gehe ich frühzeitig unter die Decke. Das Geld für die Steuern lege ich nach jedem Zahltag gleich auf die Seite. Das habe ich bei der Budgetberaterin gelernt. Sonst bin ich noch nie auf einem Amt gewesen.» Ein Stipendium für ihre beiden älteren Töchter würde sie nie beantragen. Weil der Staat in den roten Zahlen stecke, solle man jetzt nicht die hohle Hand hinhalten. Obwohl die Frau den Zins kaum bezahlen kann, hält sie die Steigerung der Mietpreise für nötig. Denn wenn es der Wirtschaft schlecht gehe, kämen wir alle unter die Räder. Wenn sie beim Hausherr reklamiere, schränkt die Verkäuferin in einem späteren Gespräch ein, heisse es bloss, sie verstehe das nicht mit den Hypothekarzinsen, das sei zu kompliziert für sie. Und das wolle sie nie mehr hören. Sie sei schon oft als dumm hingestellt worden. Also sage sie lieber, alles sei okay.

Treten nach unten

Armutbetroffene brauchen oft viel Kraft, um die eigene Lage zu verbergen. Sie versuchen, sich nach der Decke zu strecken. Entmutigt finden sie sich mit ihrer misslichen Situation ab und getrauen sich kaum, Wünsche zu äussern. Wer kaum Erfüllbares nicht erwartet, hofft, weniger enttäuscht zu werden. Wo *soziale Gegensätze individualisiert* werden, haben Betroffene eher das Gefühl, an allem selber schuld zu sein.

Manche, die mit dem Rücken zur Wand stehen, geben den Druck weiter. Wenn das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit

über einem schwebt, werden Kollegen zu Konkurrenten, Kolleginnen zu Konkurrentinnen. Das spaltet, treibt einen Keil zwischen die Menschen. *Ausländerinnen und Ausländer* dienen als Ventil. Das Abtreten der Widersprüche stabilisiert die Unterschiede. Das Kuschen nach oben und Treten nach unten wirkt teilweise harmonisierend. Weder das Baukartell noch die Spekulation, sondern die Asylsuchenden scheinen die Mietpreise in die Höhe zu treiben. Das schweist jene zusammen, die diese simple Sicht teilen. Die Herabsetzung anderer vermittelt ihnen ein wenig Geborgenheit. Wer andere als minderwertig betrachtet, realisiert weniger, selber nicht ernstgenommen zu werden. Hinweise auf «blinde Flecken» sind in dieser Situation unerwünscht.

Ohnmacht

Nach einer arg verkürzten Interpretation der Vereindungstheorie von Karl Marx wehren sich Menschen umso mehr, je schlechter es ihnen geht. Oft trifft aber das Gegenteil zu: Mit dem Ausmass der Gefährdung wächst die Wahrscheinlichkeit ihrer Leugnung. Unter den Bedingungen einseitiger Abhängigkeiten (u.a. im Erwerbs- und Wohnbereich) lassen sich *gesellschaftliche Probleme* leicht den *Einzelnen* aufbürden. Je mehr die Menschen objektiven Konstellationen ausgeliefert sind, die sie für unveränderbar halten, desto eher subjektivieren sie ihr Unvermögen. Sie schreiben sich selbst zu, was an den Verhältnissen liegt. Dadurch bleiben diese verschont.

Wer sich ohnmächtig fühlt, empfindet das Bessere zuweilen als Bedrohung. Es fordert zum Handeln auf. Konsumorientierte Verhaltensmuster bieten hingegen *imaginäre Sicherheiten* an. Eine «Kultur der Armut» und des Widerstandes ist unter diesen Umständen schwierig. Schliesslich sind alle ihres Glückes Schmied. Eine Verbesserung der Grundsicherung könnte den «einfachen Menschen» jedoch den Rücken stärken und auch der Fremdenangst viel Nährboden entziehen.

Verletzung der Menschenrechte

Armut umfasst den Mangel an materieller und sozialer Sicherheit. Arm ist, wer kaum in der Lage ist, seine *existentiellen Bedürfnisse* zu befriedigen. Zu den Lebensgrundlagen gehören ein ausreichendes Einkommen, ein gesichertes Dach über dem Kopf, genügend Nahrung sowie Gesundheit und psychisches Wohl. Armut bedeutet auch Ausgeschlossenheit von der Teilhabe an Kultur, Wissen und Freizeit. Mit Armut sind Abhängigkeiten von Ämtern und Sozialtägigen verbunden. Armut im täglichen Leben auszuhalten, verlangt viel Energie. Armut reduziert soziale Kontakte, führt in Einsamkeit. Sie schränkt persönliche Perspektiven ein und ist auch eine Verletzung der Menschenrechte.

Um der Dynamik der Armut auf die Spur zu kommen, haben wir bei der kantonalen *Basler Armutsstudie* u.a. 450 soziale Institutionen befragt, 120 Fürsorgedossiers ausgewertet und mit Fachleuten zusammen die Situation von 500 Armutsbetroffenen analysiert. Dies auf der Grundlage von Dokumenten und Einzelgesprächen (mit allen). Hinzu kamen je 30 Tiefeninterviews mit Bezügerinnen und Bezügern von Sozialhilfe sowie mit Menschen, die viel arbeiten und wenig verdienen, aber noch nie auf einem Sozialamt waren. Mit Einzelnen führte ich mehrere Gespräche, mit einer Person traf ich mich während einigen Monaten mindestens wöchentlich.

Von Politikern und Politikerinnen wünsche ich mir, dass sie aus unserer Armutsstudie wenigstens ein Porträt einer betroffenen Person lesen. Mit Blick auf sozialpolitische Massnahmen, führten wir auch quantitative Erhebungen durch. Unsere Armutsschätzung geht u.a. von den rund 30 000 Unterstützten aus, zieht aber alle ab, die in Ausbildung sind. Von den übrigen berücksichtigt sie nur Alleinstehende mit einem Monatseinkommen (1989) unter 1733 Franken und Familien mit einem solchen unter 2558 Franken. Unsere Aussage, dass *15 Prozent der baselstädtischen Bevölkerung von Armut betroffen*

fen sind, stützt sich zudem auf die Analyse von Steuerdaten und Lohnstatistiken. Andere Armutsstudien in den Kantonen Bern, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Zürich kommen für städtische Agglomerationen auf ähnliche Werte, wobei sich die Kriterien teilweise recht unterscheiden.

In einer reichen und demokratischen Gesellschaft sollte es allerdings selbstverständlich sein, Armut auch in bezug zu dem zu verstehen, was der ganzen Bevölkerung in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zur Verfügung steht. Im Kanton Basel-Stadt verfügen zwei Prozent der Steuerpflichtigen über gleichviel Vermögen wie der ganze Rest.

Armut verstehen

Armutbetroffene lassen sich nicht einfach zählen. Wichtiger als der Streit um Prozentzahlen und Kommastellen ist der Versuch, Armut *ursächlich* zu erklären. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging der Fahrstuhl nach oben. Breite Bevölkerungskreise profitierten von einer materiellen Besserstellung. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre halten jedoch Teile der unteren Löhne mit den steigenden Gesundheits- und Mietkosten nicht Schritt. Zudem orientiert sich das System der sozialen Sicherheit an Voraussetzungen, die so nicht zutreffen. Wir haben weder Vollbeschäftigung mit existenzsichernden Einkommen, noch mehrheitlich klassische Familienhaushalte.

Mutter, Vater und Kind(er) leben in Basel-Stadt in etwa jedem fünften Haushalt zusammen. Von 13,7 auf 21,3 Prozent zugenommen hat zwischen 1980 und 1990 der Anteil der *Alleinerziehenden* an allen Haushalten mit Kindern. 12 Prozent der Einelternfamilien sind auf die Fürsorge angewiesen. In fast jedem zweiten Haushalt wohnt eine alleinstehende Person. Die Vereinzelung erhöht die Armutgefährdung. Weil die AHV- und IV-Renten nicht ausreichen, benötigen über 30 Prozent der behinderten und 14 Prozent der alten Menschen *Ergänzungsleistungen (EL)*. Ein Viertel der EL-Beziehenden sind ferner auf

weitere Hilfe von privaten Institutionen angewiesen.

Öffentliche Unterstützung brauchen teilweise auch Menschen, die viel arbeiten und wenig verdienen. Zu den *Einkommensschwachen* gehören in Basel-Stadt 30 000 Hilfskräfte im Produktions- und 15 000 Angestellte im Dienstleistungsbereich. Auf den 1. Juli 1992 wurden die (für Schweizerinnen und Schweizer unverbindlichen) Mindestlöhne für volljährige Ausländerinnen und Ausländer angehoben. Büroangestellte kommen nun nach zweijähriger Berufslehre auf wenigstens 2240 Franken im Monat, Hilfskräfte im Gastgewerbe auf 2400 Franken, das Verkaufspersonal auf 2500 Franken, Coiffeusen auf 2530 Franken.

Armut lässt sich aber nicht einfach mit der Zunahme von Alleinerziehenden, der Individualisierung und den tiefen Löhnen erklären. Das Problem der *Veränderung der Lebensformen* ist, dass das System der sozialen Sicherung nicht Schritt hält und sich vornehmlich an «Normalbiographien» erwerbstätiger Männer orientiert. Was das bedeutet, bekommen viele Frauen, die vorwiegend Hausarbeit verrichten, noch vor der Pensionierung zu spüren. Nach einer Auswertung von 20 Prozent der 1989 in Basel ausgesprochenen *Scheidungen* haben drei Viertel der Frauen mit den Kindern zusammen weniger Geld als ihre ehemaligen Gatten. Das hat System.

Ähnliches gilt bei den *Löhnen*. Natürlich sind sie zu tief. Aber mit einer Anhebung alleine ist es auch nicht getan. Die einseitige Abhängigkeit von jenen, die über die Produktionsmittel verfügen und an einer – für sie – optimalen Kapitalverwertung interessiert sind, drückt einen Mangel an Demokratie aus. Das zeigt sich auch im Wohnbereich. Je geringer das Einkommen, desto grösser ist in der Regel der Anteil der *Mietausgaben*. Über ein Drittel der Basler Haushalte hat Bruttomieten, die mehr als einen Viertel des Nettoeinkommens ausmachen. Ein Drittel der Haushalte hat weder ein Gärtchen, noch einen Balkon. Ein Drittel der Kinder hat keinen direkten Zugang zu Spielplätzen. Strassen und Autos

verengen die Lebensräume. Und 90 Prozent der Baslerinnen und Basler sind Mieterinnen und Mieter. Manche müssen zuerst fragen, wenn sie irgendwo einen Nagel einschlagen wollen. «Das macht mich ganz krank», sagte mir eine Alleinerziehende. Und genau das kann sie sich nicht erlauben. Sie hat keine Taggeldversicherung. Das erhöht das Armutsrisko. So wie Armut krank macht, kann auch Krankheit arm machen. Dagegen helfen keine Pillen. Wer die Möglichkeit hat, sich einzubringen, empfindet weniger Stress. Wer gewohnt ist, das mitzubestimmen, was ihn betrifft, ist auch in heiklen Situationen eher in der Lage, Perspektiven zu entwickeln.

Was tun?

Von 450 sozialen Institutionen, die wir im Rahmen der Basler Armutsstudie befragten, rechnen 84 Prozent mit einer weiteren Zunahme der Armut. Kontrovers beurteilt wird der Vorschlag, das *Recht auf Ergänzungsleistungen auf alle auszuweiten*, die kein existenzsicherndes Einkommen haben. Die einen möchten so alle finanziellen Grundrisiken abdecken. Andere befürchten, dass dann die Mieten und Lebenskosten noch stärker ansteigen und die öffentliche Hand – im Sinne einer Subvention der Spekulation – noch mehr private Gewinne ermöglicht. Jedenfalls dynamisiert diese Debatte die langwierige Auseinandersetzung über notwendige Verbesserungen der Sozialversicherungen. Dies zumindest im Sinne einer zivilstandsabhängigen Rente sowie einer Gutschrift für Betreuungsarbeit.

Die Pluralisierung der Lebensstile zeigt allerdings die beschränkte Reichweite von Spezialmassnahmen für einzelne Gruppen. Weil die «Einzelfälle» immer weniger in vorhandene (Flickwerk-)Schubladen passen, drängt sich – anstelle einer Ausdifferenzierung des Kausalprinzips – eine *Pauschalisierung des Auffangsystems* (nach Finalprinzip) auf. Wenn ich ins Wasser falle, ist mir Hilfe wichtiger als die Klärung der Schuldfrage.

Dringlich ist es, die verschiedenen *Existenzminima zu harmonisieren* und den wirklichen Lebenskosten anzupassen. Um die vorhandenen Mittel gezielter einzusetzen, sind öffentliche und private Einrichtungen besser zu koordinieren. Klare Absprachen steigern die Wirksamkeit der Leistungen. Mehr Transparenz ist bezüglich der Ansprüche auf Unterstützung sowie der öffentlichen Sozialausgaben erforderlich. Diese sind im internationalen Vergleich relativ gering. Das ist wichtig zu wissen. Das Giesskannenprinzip funktioniert vor allem zugunsten der Wirtschaft.

Auf die Basler Armutsstudie beziehen sich mehrere *Anzüge im Grossen Rat*. Angeregt werden etwa ein Ausbau der Alimentenbevorschussung, der Ausbildungsbeiträge für Alleinerziehende, der Wohnhilfe sowie der Risikodeckung im Pflegefall. Eine Standesinitiative verlangt ein Grundrecht auf Existenzsicherung auf nationaler Ebene. Damit sich Menschen möglichst selbst über Wasser halten können, braucht es darüber hinaus ein Recht auf sinnvolle Arbeit, das nicht zur sturen Pflicht verkommt, sowie existenzsichernde Mindestlöhne. Wesentliche gewerkschaftliche Forderungen zielen ferner auf eine Ausdehnung der Gesamtarbeitsverträge sowie der Mitbestimmung ab.

Manchmal träume ich vom 13. 13. im Jahre 2013. Ich freue mich darüber, dass die minimalen Löhne die Hälfte der maximalen übersteigen, Männer Kinder hüten, alte Menschen pflegen, Fenster putzen und Wohnstrassen bemalen und das Zusammenleben vielfältiger geworden ist. Und darum geht's. Armut lässt sich nicht bürokratisch bewältigen. Entscheidend ist, ob es uns gelingt, Lebensräume gemeinsam zu gestalten. Arme Menschen sollen sich an diesem Prozess beteiligen können. Sie haben zwar eine schwache Lobby, aber viel zu sagen; auch wenn Handbücher der empirischen Sozialforschung immer wieder feststellen, wie schwierig es sei, mit Randgruppen zu reden. Viele Armutsbetroffene drücken sich sehr anschaulich, konkret und direkt aus.

Egal, was es kostet

«Gute Ideen haben es heute schwer», berichtete mir kürzlich eine Sozialpädagogin. Für weniger Geld soll sie mehr Kinder betreuen. Die Mittel werden knapper, die Probleme grösser. Das mindert die Qualität der Leistung. Neuerungen sind unerwünscht. Sie sorgen für Umtrieb, stören den reibungslosen Ablauf. «Hätte ich mehr Zeit, könnte ich mit Frau X. eine Stelle suchen. Aber bei hundert Klienten ist das schwierig. Jetzt helfen wir halt mit Geld, obwohl das mehr kostet», erzählt eine Fürsorgerin. «Weil wir die Hauspflege alter Menschen kürzen», ergänzt ein Sozialarbeiter, «nehmen die teuren Heimaufenthalte zu.»

Oft wäre «vorbeugen besser als heilen». Aber für Prophylaxe fehlen die Mittel, obwohl die *Folgen der Unterlassungen* wesentlich mehr kosten. Wer so spart, spart

nicht. Um unter dem Spandruck das Loch von heute zu stopfen, wird für morgen ein Abgrund aufgerissen. Probleme sollen mit jenen Mitteln gelöst werden, die sie mitverursacht haben. Das geht nicht.

Ähnliche Gefahren bestehen bei der Armutsforschung. Das *Primat des Fragebogens* und der repräsentativen Stichprobe kennzeichnet die in den sechziger Jahren aufgekommene Favorisierung quantitativ-empirischer Verfahren. Das Zeitalter der Computerisierung verlockt nun zu Nonsense-Korrelationen und einem Rückfall in alte Fliegenzählerei. Je nachdem kann die stringente Erklärung eines biographischen Einzelfalls mehr aussagen als viele Statistiken. Das gilt auch für explorative Gespräche, die keineswegs mit Freistil-Intuition zu verwechseln sind. Unverständnis lässt sich mit vielen Zahlen vertuschen. Einfache Zugänge können manchmal viel erhellen. Aber das ist nicht immer erwünscht.

Es soll jedem, unabhängig vom Schwanken der Wirtschaft und von seiner eigenen Befähigung im Konkurrenzkampf, ein menschenwürdiger Unterhalt garantiert sein. Die Volksgenossen sind solidarisch verpflichtet, für die zu sorgen, die sich nicht selber ernähren können (Alte, Kranke, Invalide, Mütter, Kinder), insbesondere ihnen eine gefreute Wohnstätte zu geben, die ihnen nicht genommen werden kann. Diese Verantwortlichkeit ist schon rein wirtschaftlich darin begründet, dass Alle ihre Verdienstmöglichkeit der Gemeinschaft verdanken. Ohne Gemeinschaft kein Brot und keine Erziehung.

(Max Gerber, Das Übergangsprogramm, in: Max Gerber, Jean Matthieu, Clara und Leonhard Ragaz, Dora Staudinger, Ein sozialistisches Programm, Olten 1919, S. 171)